

München, 28.04.2021

SPD fordert kindgerechte Coronatests in Kitas

**Sozialpolitikerin Doris Rauscher: Es gibt bereits Lösungen, sie müssen nur zum Einsatz kommen
- Ministerin Trautner sollte endlich handeln**

Angesichts der Ankündigung von Sozialministerin Trautner, keine Coronatests für Kita-Kinder zur Verfügung zu stellen und stattdessen auf Tests bei den Eltern zu setzen, fordert Sozialpolitikerin **Doris Rauscher** mehr Engagement der Staatsregierung für Kinder und Familien: „Vor allem die Kinder leiden unter der Coronapolitik in Bayern – für sie gibt es auch nach einem Jahr keine Verlässlichkeit und keinen Plan. Von der Sozialministerin hören wir immer nur, was nicht geht. Stattdessen brauchen wir Ideen, wie etwas gehen kann – und dann müssen den Worten schnelle Taten folgen. Zum Beispiel bei Testmöglichkeiten auch für Kita-Kinder!“

In einem [Antrag](#), der morgen (29.4.21) im Sozialausschuss beraten wird, fordert die SPD-Landtagsfraktion erneut, Kinder in die Teststrategie einzubeziehen. Kindgerechte Testmöglichkeiten sind vorhanden, beispielsweise in Form von Lolli- oder Gurgellösungen. Rauscher: „Kinder haben ein Recht auf Bildung und brauchen dringend soziale Kontakte für ihre Entwicklung. Das muss der Staat auch in der Krise sicherstellen und dafür alle Mittel ausschöpfen. Kindgerechte Testmöglichkeiten sind vielerorts längst im Einsatz, zum Beispiel in Solingen oder Köln. Auch in Hof wird bereits in Kitas getestet, die Staatsregierung bekommt das aber nicht für ganz Bayern hin. Das ist problematisch, denn die Kitas sind oft im Rahmen der Notbetreuung voll. Hinzu kommt: Coronatests für Eltern - wie jetzt vorgeschlagen - standen auch bislang schon zur Verfügung. Die Umfeldtestung ist kein neues Konzept, sondern einfach nur ein neuer Name für bereits bekannte Möglichkeiten.“

Die Vorsitzende des Sozialausschusses kritisiert insbesondere die Planlosigkeit, mit der Sozialministerin Trautner auffällt: „Wo ist die Strategie des Ministeriums? Beim Testen wird gezauert, für Vorschulkinder gibt es kurz vor dem Übergang in die Grundschule keinen Plan und bei den Eltern wurde über Tage hinweg Verwirrung gestiftet, ob nun der Zusammenschluss mit anderen Familien zu einer Betreuungsgemeinschaft gestrichen wurde oder doch noch möglich ist. Die Ministerin muss jetzt endlich Farbe bekennen und sich für Kinder und ihre Familien einsetzen. Bislang herrscht leider große Funkstille!“